

Hilfstruppen gegen Moskau (III) 20.05.2016

BERLIN/KIEW (Eigener Bericht) - Berlin baut seine Zusammenarbeit mit dem Medschlis der Krimtataren trotz dessen Verwicklung in Gewaltaktionen aus. Erst kürzlich ist der Vorsitzende des Medschlis, Refat Tschubarow, zu politischen Gesprächen im Auswärtigen Amt gewesen. Dem Treffen stand nicht entgegen, dass Tschubarow im September eine eigenmächtige Blockade des ukrainischen Handels mit der Krim angekündigt hatte - und auch nicht, dass Tschubarow im Oktober die für die Krim-Bevölkerung schädlichen Folgen der Tataren-Blockade, nämlich Mangel und empfindliche Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln, ausdrücklich gepriesen hatte. Sogar die Sprengung von Strommasten durch Aktivisten aus dem Umfeld des Medschlis, die die Krim in hohem Maß von der Stromversorgung abgeschnitten hat, lässt das deutsche Außenministerium nicht auf Distanz zu der Vereinigung gehen. Deutsche Ethno-Organisationen haben schon vor Jahren gute Beziehungen zu Tschubarow und zu seinem Amtsvorgänger Mustafa Dschemiljew aufgebaut, die von 2010 an intensiviert wurden, um nach dem Regierungswechsel in Kiew antirussische Kreise in der Ukraine zu stärken. Die Kooperation mit dem Medschlis-Milieu, das unter den Tataren auf der Krim durchaus umstritten ist, erfolgt in enger Abstimmung mit den USA, der Türkei unter Erdoğan und anderen NATO-Staaten. Die Parallelität von Kooperation mit den Krimtataren und deren teils gewalttätigen Protesten erinnert an die Entwicklung im Frühjahr 2013 in der Ukraine.

Für den Friedensnobelpreis nominiert

Die deutschen Beziehungen zum Medschlis der Krimtataren können auf ein bereits seit Jahren gewachsenes Fundament im Milieu völkischer Organisationen aufbauen. So steht zum Beispiel die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), die sich für Sonderrechte ethnisch definierter Minderheiten in aller Welt einsetzt, schon lange in Kontakt zum Medschlis. Im Jahr 2005 hat sie dessen damaligem Vorsitzenden Mustafa Dschemiljew ihren "Victor-Gollancz-Preis" verliehen; die Laudatio hielt Erika Steinbach (CDU), damals Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV). Die GfbV betreibt nicht nur Öffentlichkeitsarbeit für die Krimtataren; sie hat dem Medschlis auch geholfen, Kontakte ins Auswärtige Amt zu knüpfen: Im Sommer 2009 beteiligte sie sich an Gesprächen, die eine Delegation in Deutschland lebender Krimtataren im Auswärtigen Amt führte; im Ergebnis sagten zuständige Stellen im Außenministerium zu, "Beratung bei der Suche nach politisch-diplomatischen Partnern in Deutschland" zu leisten.[1] Zudem hat die von Flensburg aus gesteuerte und mit dem Bundesinnenministerium kooperierende Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), der Ethno-Organisationen aus Europa, dem Kaukasus und Zentralasien angehören [2], den Medschlis unter ihre Mitglieder aufgenommen und promotet seine Interessen. 2011 unterstützte sie die Nominierung des damaligen Medschlis-Vorsitzenden Mustafa Dschemiljew, der mehrmals an ihren Kongressen teilgenommen hatte, für den Friedensnobelpreis.

Im Strategiezentrum

Nach der Abwahl des prowestlichen ukrainischen Staatspräsidenten Wiktor Juschtschenko im Jahr 2010 hat es Versuche gegeben, die deutsch-krimtatarischen Kontakte auch auf staatlicher Ebene auszubauen. Hintergrund waren Bemühungen, auf allen Ebenen Kräfte zu stärken, die sich für die Anbindung der Ukraine an die EU einsetzten; es war die Zeit, als die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) daran ging, die Partei UDAR des späteren Majdan-Anführers Witali Klitschko zu fördern [3], und als Berlin und Brüssel auf die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine drangen. Am 28./29. Juni 2011 kam, mitorganisiert von der GfbV, der erste "deutsch-krimtatarische Dialog" in Berlin zusammen; es gehe bei der Kooperation nicht zuletzt darum, "die Frage der Krimtataren als Teil ... der Annäherung an EU-Strukturen diskutieren", hieß es anschließend in einem Bericht.[4] Am Rande des "Dialogs" trafen der damalige Medschlis-Chef Dschemiljew, sein ab 2013 amtierender Nachfolger, Refat Tschubarow, und der Medschlis-Beauftragte für Außenbeziehungen, Ali Khamsin, auf

Bundestagsabgeordnete und Vertreter des Auswärtigen Amtes sowie des Bundesinnenministeriums. Im Rahmen des dritten "deutsch-krimtatarischen Dialogs", den auch krimtatarische Politiker besuchten, stellte die Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 19. September 2013 ihre Räume für eine Diskussionsveranstaltung zur Verfügung, auf der nicht zuletzt krimtatarische Themen debattiert wurden. Die Bundesakademie dient als außen- und militärpolitisches Strategiezentrum Berlins.[5]

Exklusive Gespräche

Seit der Übernahme der Krim durch Russland haben die deutsch-krimtatarischen Beziehungen sich auf offizieller Ebene rasant intensiviert. Dabei halten deutsche Politiker und staatliche Stellen lediglich Kontakt zum Medschlis und zu ihm nahestehenden Kreisen; diejenigen Kräfte unter den Krimtataren, die die prowestlich-antirussische Politik des Medschlis ablehnen (german-foreign-policy.com berichtete [6]), werden von Berlin ebenso wie von Brüssel und Washington weitgehend ignoriert. Bereits am 10. April 2014 empfing Erika Steinbach, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Medschlis-Außenbeauftragten Ali Khamsin zu Gesprächen in Berlin. Anfang Juli 2014 traf der CSU-Bundestagsabgeordnete Bernd Fabritius, der wenig später Steinbach im Amt des BdV-Vorsitzenden folgte [7], in Straßburg mit dem früheren Medschlis-Chef Dschemiljew zusammen. Bei einer Kurzvisite in der Ukraine am 23./24. Juli 2014 besprach sich auch eine Delegation der Europäischen Volkspartei (EVP), in der CDU und CSU eine starke Stellung innehaben, mit Vertretern der Krimtataren. Für den 17. März 2015 kündigte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel ein exklusives "Adenauerforum" mit dem einstigen Medschlis-Vorsitzenden Dschemiljew an - "Teilnahme nur auf persönliche Einladung". Am 21. Oktober letzten Jahres folgte eine Podiumsdiskussion mit dem Medschlis-Vorsitzenden Tschubarow in der Berliner Zentrale der Adenauer-Stiftung, bei der diverse Personen aus dem außenpolitischen Establishment der deutschen Hauptstadt zugegen waren.

Antirussische Interessen

Gleichzeitig intensivieren die Krimtataren ihre Beziehungen zu weiteren EU- und NATO-Staaten. Der ehemalige Medschlis-Vorsitzende Dschemiljew reiste im April 2014, unmittelbar nach der Übernahme der Krim durch Russland, zu politischen Gesprächen nach Washington, wo er am 4. April unter anderem mit Wendy Sherman, Unterstaatssekretärin für Politische Angelegenheiten im US-Außenministerium, zusammentraf.[8] Ende September 2015 flog der Medschlis-Vorsitzende Tschubarow ebenfalls zu politischen Gesprächen in die US-Hauptstadt. Im Dezember 2015 trafen Dschemiljew und Tschubarow in Ankara mit Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan und mit Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu zusammen; dem Termin kam besondere Bedeutung zu, da die Türkei sich als "Schutzmacht" der turksprachigen Krimtataren versteht und wegen der Eskalation ihres Konflikts mit Russland erhebliches Interesse daran hat, antirussische Kräfte um sich zu scharen. Dschemiljew hat in der Türkei nicht nur einige Ehrendoktorwürden, sondern am 15. April 2014 auch den höchsten staatlichen Verdienstorden erhalten. Am 3. Juni 2014 wurde ihm darüber hinaus in Polen der erste "Lech Wałęsa-Solidaritätspreis" verliehen.

Gewalt: kein Hinderungsgrund

Dabei steht dem Ausbau der gegen Moskau gerichteten Zusammenarbeit mit dem Medschlis der Krimtataren nicht entgegen, dass dessen Aktivisten Gewaltaktionen organisieren. So kündigte der Medschlis-Vorsitzende Tschubarow am 16. September 2015 an, ab dem 20. September würden Krimtataren den Warenhandel zwischen der Ukraine und der Krim blockieren. Die Blockade kam tatsächlich zustande - und beeinträchtigte die gesamte Bevölkerung der Krim erheblich. Am 8. Oktober lobte Tschubarow die illegale Maßnahme, da sie spürbaren Mangel sowie empfindliche Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln auf der Krim verursache - und auf diese Weise die Halbinsel wieder ins Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit rücke.[9] Nur vier Tage später traf er bei den "Kiewer Gesprächen", die die Konrad-Adenauer-, die Friedrich-Naumann- (FDP) und die Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen) "mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes" organisierten, mit der Grünen-Fraktionsvorsitzenden im Europaparlament, Rebecca Harms, dem Leiter des "Arbeitsstabes Ukraine" im Auswärtigen Amt, Johannes Regenbrecht, und dem Leiter des OSZE-Menschenrechtsbüros (ODIHR), dem Deutschen Michael Link, zusammen. Die Blockade zu Lasten der Krim-Zivilbevölkerung, die die Tataren gemeinsam mit ukrainischen Faschisten vom "Rechten Sektor" durchführten, wurde fortgesetzt; nur wenige Tage nachdem Tschubarow und Dschemiljew am 9.

November mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini über die "De-Okkupation der Krim" konferiert hatten, sprengten Aktivisten Strommasten im Süden der Ukraine und schnitten die Krim damit weitgehend von der Stromversorgung ab.

Wie 2013 in Kiew

Die Parallelität von gewalttätigen Protesten auf der einen, Verhandlungen mit deutschen und EU-Politikern auf der anderen Seite erinnert fatal an die Entwicklung in der Ukraine, als von Dezember 2012 bis Mai 2013 - ein Jahr vor den Majdan-Unruhen - Parlaments- und Straßenproteste mit Gesprächen der Opposition mit Diplomaten aus Deutschland und der EU einhergingen (german-foreign-policy.com berichtete [10]). Die weitere Entwicklung in der Ukraine ist bekannt.

Ein erstes Echo

Dabei intensiviert Berlin die Kontakte weiter. Wie die Botschaft der Ukraine in der deutschen Hauptstadt Ende April mitteilte, hatte Tschubarow soeben an einer Diskussionsveranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) teilgenommen und sich vor allem mit Politikern und Diplomaten im Auswärtigen Amt ausgetauscht.[11] Nach dem Treffen gab die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Bärbel Kofler, einen Appell zugunsten der Krimtataren an die Medien. Laut der ukrainischen Botschaft handelte es sich dabei um ein erstes unmittelbares "Echo" auf die Gespräche der deutschen Diplomaten mit Tschubarow. Was darüber hinaus besprochen wurde, ist nicht bekannt.

Mehr zum Thema: [Hilfstruppen gegen Moskau \(I\)](#) und [Hilfstruppen gegen Moskau \(II\)](#) .

[1] Verständnis und Unterstützung. Vertreter tatarischer Vereine waren eingeladen ins Auswärtige Amt. [www.gfbv.de](#) 17.09.2009.

[2] S. dazu [Hintergrundbericht: Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen](#) .

[3] S. dazu [Unser Mann in Kiew](#) .

[4] Mieste Hotopp-Riecke: Der lange Schatten Stalins über den Stiefkindern Eurasiens. [www.eurasischesmagazin.de](#).

[5] S. dazu [Alle für Deutschland](#) .

[6] S. dazu [Hilfstruppen gegen Moskau \(II\)](#) .

[7] S. dazu [Kurs auf Osteuropa](#) .

[8] S. dazu [Die Belagerung der Krim \(II\)](#) .

[9] Crimean blockade getting Moscow's attention. [euromaidanpress.com](#) 08.10.2015.

[10] S. dazu [Termin beim Botschafter](#) .

[11] Parlamentsabgeordneter Chubarov spricht in Berlin über die Menschenrechtsslage auf der Krim. [germany.mfa.gov.ua](#) 29.04.2016.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com